

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Zu: 125. Sitzung, 09.12.2008

„Debattenbeitrag zum Einzelplan 09“ – (DRUCKSACHE 4/12989 )

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

nachdem die Koalitionsfraktionen den Haushaltsentwurf der Regierung für das Ressort Umwelt und Landwirtschaft in den vorangegangenen Beiträgen erwartungsgemäß reichlich bejubelt haben, möchte ich für meine Fraktion betonen, daß wir uns der allgemeinen Jubelstimmung nicht anschließen können.

Der vorliegende Einzelplan ist, und dies wurde bereits mehrfach deutlich gesagt, gegenüber den Vorjahren leider durch ein erheblich geringeres Volumen gekennzeichnet. Besonders schlimm daran ist aber, daß die Mittelkürzungen im allgemeinen gerade die Bereiche betreffen, die für die Zukunft der ländlichen Regionen Sachsens und der dort lebenden Menschen von existentieller Bedeutung sind.

Zum einen betrifft dies Mittel, die für direkte Investitionen im ländlichen Raum vorgesehen sind, und zum zweiten die Mittel für die finanzielle Förderung von Investitionen. Daß gerade diese Mittel den Kürzungen zum Opfer gefallen sind, zeigt deutlich, welche Defizite der vorliegende Haushaltsentwurf aufweist und wie wenig er eigentlich an der Zukunft orientiert ist. In Bezug auf den ländlichen Raum läuft die Koalition mit dem Haushaltsentwurf wieder einmal den Ereignissen hinterher.

Sie macht sich Gedanken darüber, wie man die ländliche Infrastruktur an den Bevölkerungsschwund und die Abwanderung der Jugend anpassen könnte, statt die Ursachen dieser Misere entschieden zu bekämpfen.

Aus Sicht der NPD-Fraktion muß der Hauptschwerpunkt des Mitteleinsatzes zukünftig in der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum liegen, was der vorliegende Entwurf aber kaum widerspiegelt. Nur eine spürbare Verbesserung der Einkommenssituation im ländlichen Raum ist ein wirksames Mittel gegen die Abwanderung aus den strukturschwachen ländlichen Bereichen in Sachsen. Eine solche Schwerpunktsetzung kann meine Fraktion im vorliegenden Haushaltsentwurf der Regierung aber nicht erkennen.

Der ländliche Raum hat mit den höchsten Arbeitslosenquoten zu kämpfen, und die durchschnittlichen Einkommen sind nirgendwo niedriger als in ländlichen Gebieten. Dieser Tatsache trägt die Schwerpunktsetzung im Haushalt kaum Rechnung, und deshalb wird sich auf absehbare Zeit sicherlich auch nichts daran ändern. Sachsen steht im Bereich der Land- und Forstwirtschaft vor einer Vielzahl von Problemen.

Viele Unternehmen haben mit massiven Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen, die sich aus der voranschreitenden Globalisierung, einer fehlgeleiteten gemeinsamen Agrarpolitik der EU oder dem Einknicken vor der WTO bei der Abgrenzung der Märkte ergeben. Zukünftig werden noch Einschnitte bei den Direktzahlungen durch den sogenannten Gesundheitscheck zu weiteren empfindlichen Einkommensverlusten bei den Unternehmen führen. Bisher sind die Landwirtschaftsbetriebe gezwungen, sich auf einem immer stärker umkämpften, ungeschützten Markt mit ständig fallenden Erzeugerpreisen zu behaupten.

Gerade kleinere Unternehmen sind oft nicht in der Lage, die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen schnell genug zu meistern, um im Preiskampf mithalten zu können. Viele bleiben dabei auf der Strecke. Zahlreiche Unternehmen sind nur unzureichend mit Eigenkapital ausgestattet und haben zum Teil erhebliche Probleme bei der Kapitalbeschaffung. Damit gerade kleinere Betriebe der landwirtschaftlichen Erzeugung in diesem Preiskampf bestehen können, ist es notwendig, deren Investitionstätigkeit zur weiteren Spezialisierung und Anpassung der Betriebsstruktur zu unterstützen. Für die NPD-Fraktion ist es deshalb nicht nachvollziehbar, warum gerade der Bereich der Investitionsförderung im Haushalt beschnitten wurde.

Aber nicht nur in den Bereichen Landwirtschaft und ländlicher Raum, sondern auch beim Schutz von Natur und Umwelt sieht die NPD erheblichen Verbesserungsbedarf im Entwurf. Meine Fraktion hatte dazu bereits im Fachausschuß Änderungsvorschläge eingebracht. Wir wollten beispielsweise die Mittel für die Umsetzung von NATURA 2000 und für verschiedene Maßnahmen im Bereich von Naturschutz und Landschaftspflege aufstocken.

Weitere Forderungen meiner Fraktion lagen auch im Bereich der finanziellen Mittel zur Verbesserung der Gewässergüte, und ein besonderes Anliegen war uns dabei, genug Mittel des Freistaates für den Bau dezentraler Abwasserbeseitigungsanlagen, also biologischer Kleinkläranlagen bereitzustellen, um die betroffenen Bürger finanziell etwas zu entlasten. Wir wollten insbesondere verhindern, daß die Mittel, die zur Unterstützung der Bürger vorgesehen sind, wieder zweckentfremdet beim Bau überdimensionierter zentraler Kläranlagen verwendet werden und dabei buchstäblich in dunklen Kanälen versickern.

Aufgrund der begrenzten Redezeit kann ich an dieser Stelle natürlich nur punktuell auf die einzelnen Änderungsvorschläge zum Einzelplan 9 eingehen, aber ich möchte betonen, daß wir als Oppositionsfraktion im Moment kaum eine Einflußmöglichkeit auf die tatsächliche Mittelverteilung des Einzelplanes haben. Bereits von meinen Vorrednern wurde gesagt, daß das Parlament in weiten Teilen des Haushaltes, aber besonders im Bereich des Einzelplans 9, außen vor bleibt. Dem kann ich mich nur anschließen.

Es wird von den Koalitionsfraktionen so dargestellt, als ob in der Haushaltsberatung entscheidend auf die Gestaltung der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik Einfluß genommen werden könne. Praktisch ist dies mitnichten so. Über den Großteil der finanziellen Ausstattung Sachsens im Bereich von Landwirtschaft und Umwelt wird schon lange nicht mehr auf nationaler Ebene, geschweige denn auf Landesebene entschieden.

Aber nicht nur in Bezug auf die Höhe der Mittel, sondern auch bei der Ausgestaltung der Mittelverwendung und dabei konkret beim Europäischen Landwirtschafts-Fonds ELER bleiben die Volksvertreter weitestgehend außen vor.

Damit beraubt die Staatsregierung das Parlament des letzten Rests an Mitwirkungsmöglichkeiten, und das Budget-Recht des Landtages wird schlicht und ergreifend ausgehebelt.

Der Haushaltsentwurf der Regierung ist aber nicht nur in Hinblick auf das Budget-Recht bedenklich. Auch in der haushaltstechnischen Ausgestaltung sind eine Reihe Unzulässigkeiten, die von meiner Fraktion so nicht akzeptiert werden. Im Einzelplan 9 fällt besonders auf, daß nicht nur in einzelnen Titeln, sondern in ganzen Titelgruppen und sogar kapitelübergreifend Deckungsvermerke zu finden sind.

Im Vollzug des Haushaltes hat die inflationäre Verwendung der Deckungsfähigkeit zur Folge, daß der Haushaltsplan eigentlich von Beginn an das Papier nicht wert ist, auf dem er gedruckt wurde. Einige Vertreter der Koalition hatten in der Ausschußberatung dieses Vorgehen mit dem verniedlichenden und verschleiernden Begriff „Haushaltsflexibilisierung“ bezeichnet. In Wahrheit ist es aber nichts anderes als ein Freibrief für die Regierung.

Das Parlament beschließt angesichts der Fülle von Deckungsvermerken einen Plan, von dem die Regierung dann im Vollzug nach Belieben abweichen kann. Der tatsächliche Verwendungszweck der eingestellten Mittel liegt also allein in der Hand der Regierung und nicht in der Hand der Volksvertreter.

Völlig unhaltbar ist auch die Höhe der in den kommenden zwei Haushaltsjahren bereits durch Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren gebundenen Mittel. Auch wird in diesem Haushalt erneut der finanzielle Handlungsspielraum für kommende Haushaltsverhandlungen – die vielleicht schon von einer anderen Regierung geführt werden - bereits jetzt durch Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre nach 2010 eingeengt.

Damit werden mit dem vorliegenden Entwurf indirekt schon Teile der Haushalte bis 2012 und später beschlossen, was meine Fraktion auf keinen Fall mittragen kann. Vollkommen unüblich und in erheblichem Maße kritikwürdig ist auch die Fülle von Leertiteln und Sondervermögen im Haushalt, die auch im Einzelplan 9 zu finden sind.

Es ist sicherlich opportun, in Einzelfällen Leertitel in einem Einzelplan zu verankern. Dies kann aber nur zum Ziel haben, unvorhersehbare Maßnahmen finanzieren zu müssen.

Die Praxis, daß im vorliegenden Haushalt aber pauschal für verschiedene Zwecke Leertitel eingerichtet werden, und die Regierung sich letztendlich die Entscheidung vorbehält, dafür Mittel aus anderen Titeln umzuschichten, hält meine Fraktion für inakzeptabel. Diese Praxis lehnen wir ab, weil dadurch das Parlament ebenfalls außen vor bleibt und das Budget-Recht des Landtages erneut ad absurdum geführt wird.

Abschließend möchte ich für die NPD-Fraktion klarstellen, daß wir dem Entwurf bereits wegen der genannten haushaltstechnischen Unzulänglichkeiten nicht zustimmen können. Weil wir aber außerdem der Auffassung sind, daß bei der Verteilung der Finanzmittel im Bereich Umwelt und Landwirtschaft grundsätzlich andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen, werden wir den vorgelegten Entwurf der Staatsregierung selbstverständlich ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.